

Aktionswoche September 2021 – Rückschau

Orte – Gruppen – Aktivitäten

„Ein besseres Leben für alle statt wachsender Armut und Ausgrenzung!“



Auf
Recht
bestehen

Bundesweite Aktionswoche

Wann: 6.9. – 12.9.2021

Wo: dezentral im gesamten Bundesgebiet

Wer: alle Gruppen sind aufgerufen die Aktionswoche zu gestalten

Macht mit!

Die Armut wächst – der Reichtum auch

Nicht erst seit der Coronapandemie wächst in der reichen Bundesrepublik die Armut in erschreckendem Ausmaß. Immer mehr Menschen haben Probleme, mit ihrem Geld über den Monat zu kommen.

Doch Geld ist genug da. So ist das Vermögen der Superreichen im Krisenjahr 2020 um sage und schreibe 9 Prozent gestiegen. Mit dem kärglichen Hartz IV-Satz hingegen lässt sich ein menschenwürdiges Leben kaum bestreiten. Dies gilt auch für die Löhne der rund 7,7 Millionen Erwerbstätigen, die im Niedriglohnsektor festhängen.

Es reicht! Gute Löhne und soziale Absicherung für alle, die hier leben!

Bündnis „AufRecht bestehen“

- Interview in der Jungen Welt zum Start der Aktionswoche mit Rainer Timmermann (jw vom 6.9.2021):

<https://www.jungewelt.de/artikel/409796.aktionswoche-aufrecht-bestehen-wirk%C3%B6nnen-nicht-nur-auf-wahlen-vertrauen.html>

- „Armutssystem abschaffen – Initiativen organisieren überregionale Aktionswoche gegen Hartz IV. Linke fordert sozialpolitischen Neustart“ (jw vom 9.9.2021)

<https://www.jungewelt.de/artikel/410035.soziale-berelendung-armutssystem-abschaffen.html>

* Das Bündnis AufRecht bestehen wird getragen von: Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO), „ARBEITSLOS - NICHT WEHRLOS“ Wolfsburg (ANW), „AufRecht bestehen“ Rhein-Main, Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen (BAG-PLESA), Bundes-Erwerbslosen-Ausschuss Gewerkschaft ver.di, Duisburger Initiative „AufRecht bestehen!“, Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB-KV Bonn/Rhein-Sieg, Gruppe Gnadenlos Gerecht Hannover, Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. (FALZ), Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), Tacheles e.V. Wuppertal, Widerspruch e.V. Bielefeld und anderen örtlichen Bündnissen und Initiativen.

Berlin

Gruppen: AK Erwerbslose bei der IG Metall Berlin-Brandenburg; Erwerbslosengruppe von ver.di – Berlin – Brandenburg;

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS)

Aktivitäten

- Infostand, Flugblätter verteilen und Rede am 9.9.2021 vor dem Rathaus Spandau







- Bericht auf der Homepage des DGB Berlin – Brandenburg:

<https://berlin-brandenburg.dgb.de/themen/++co++eb0b9482-1157-11ec-b083-001a4a160123>

09.09.2021

Arbeitslosigkeit

"Aufrecht gehen!" - DGB unterstützt Aktionswoche von Erwerbsloseninitiativen

„Der DGB unterstützt diese Aktionen, damit Arbeitslose, die sonst kaum Gehör finden, eine Stimme bekommen. Ein höherer Mindestlohn, ein verbesserter Schutz bei Arbeitslosigkeit und ein Mietendeckel gehören für die Gewerkschaften dringend in jeden neuen Koalitionsvertrag“, sagte der Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg, Christian Hoßbach, am Donnerstag in Berlin. Eine neue Bundesregierung müsse „entschieden gegen die Spaltung der Gesellschaft angehen und Armut beherzt bekämpfen“.

Der Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit müsse verbessert werden, sagte Hoßbach. „Anstelle des Hartz-IV-Systems muss in der Regel wieder die Arbeitslosenversicherung das Risiko der Arbeitslosigkeit absichern“, forderte Christian Hoßbach. „Dazu müssen mehr Arbeitslose einen Anspruch auf Arbeitslosengeld erhalten und das Geld wenn nötig auch länger gezahlt werden, insbesondere an langjährig Beschäftigte.“

Wie löchrig der soziale Schutz für Arbeitslose ist, zeigen aktuelle Daten der Bundesagentur für Arbeit für Berlin. Im August mussten sich in Berlin 11.984 Menschen neu arbeitslos melden. Davon haben 2.944 Betroffene keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld und sind direkt ins Hartz-IV-System durchgereicht worden. Somit rutscht jede:r Vierte durch das Netz der sozialen Sicherung.

„Auch wer Arbeitslosengeld erhält, wird unzureichend vor dem sozialen Absturz geschützt, weil die Unterstützung nicht lange genug gewährt wird“, betonte der DGB-Vorsitzende von Berlin und Brandenburg. So lief in Berlin innerhalb des Jahres 2020 bei 21.183 Arbeitslosen (19 Prozent) der Anspruch auf Arbeitslosengeld aus, bevor ein neuer Arbeitsplatz gefunden wurde oder die Betroffenen in Altersrente wechselten. Das Auslaufen des Schutzes in der Arbeitslosenversicherung war auch 2019 vergleichbar hoch: Hier endete für 21 Prozent der Menschen der Leistungsanspruch, ohne dass der Übergang in eine Beschäftigung stattgefunden hatte.

Gerade die Corona-Pandemie habe gezeigt, wie wichtig eine verlässliche soziale Absicherung in Krisenzeiten für die Menschen sei, so Hoßbach. „Das geht am besten mit einer gestärkten Arbeitslosenversicherung, mit klaren, verbrieften Leistungsansprüchen, guten Förderangeboten und ohne abschreckende Bedürftigkeitsprüfung“, konstatierte Christian Hoßbach.



Bremerhaven

Beteiligte Gruppen:

- Bremerhavener Arbeitsloseninitiative BALI, GEW Bremen, ver.di Bremen

Aktivitäten

- Aktion mit Fahnen, Brillen und Flugblättern in der Bremerhavener Innenstadt

Rückmeldung

- Bericht der Veranstalter per Mail

Herma Priebe/Klaus Schiesewitz

Aktion AufRecht bestehen am 10.09.2021 in Bremerhaven

Hartz IV endlich ohne Wenn und Aber abschaffen

Am 10. September von 10 – 12 Uhr haben wir, die Erwerbslosengruppen von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bremen, die Bremerhavener Arbeitsloseninitiative (Bali) und ver.di Bremen eine Aktion in der Bremerhavener Innenstadt gemacht (das Jobcenter war geschlossen). Die Corona-Regeln hielten wir selbstverständlich ein. Initiiert wurde diese Aktion von dem Bündnis AufRecht bestehen, s. unten.

Es ging um das Forderungspapier von „AufRecht bestehen“:

„Hartz IV endlich ohne Wenn und Aber abschaffen“, in der die Eckpunkte für eine menschenwürdige Existenzsicherung und Arbeitsmarktintegration vom Gesetzgeber gefordert wird.

Unsere Hauptforderungen:

Abschaffung des Systems SGB II (Hartz IV), das Recht auf monatlich mindestens 600 Euro, die regelmäßige Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten, Freigrenze von Vermögen mindestens 60.000 Euro, keine Anrechnung von Erwerbseinkommen bis zur Höhe von 200 Euro, Nichtanrechnung des Kindergeldes auf die Leistungen der Grundsicherung, Erhöhung des Mindestlohn auf mindestens 13 Euro (die Inflationsrate liegt jetzt bei mittlerweile 3,9 %, die Erhöhung des ALG II von nur € 3 für das Jahr 2022 ist ein weiterer Affront gegen die Arbeitslosen).

Die Umverteilung von unten nach oben muss gestoppt werden!

In Bremen betrug die Arbeitslosenquote im August 2021 10,7 %; für 39.032 Arbeitslose gab es nur 7.090 gemeldete Stellen. Deutschlandweit lag die Arbeitslosenquote im August bei 5,6 %. D. h. Bremen hat damit die doppelte Zahl an Arbeitslosen als der Bundesdurchschnitt.

In Bremerhaven sieht es noch düsterer aus, dort betrug die Arbeitslosenquote im August 2021 sogar 13,2 %; auf 7.954 Arbeitslose kamen 1.253 gemeldete Stellen.

In der Statistik sind aber nicht alle aufgeführt, z. B. alle die weniger als 15 Stunden arbeiten und auch nicht die 1 Euro Jobber. Es lässt sich schwer schätzen wie viele Arbeitslose es wirklich gibt.

Die bremischen Häfen zählen zu den wichtigsten Universalhäfen in Europa. Bremerhaven ist einer der größten Umschlagplätze für Automobile.

Kurzarbeiter:innen, die Arbeitslosen von übermorgen?

Durch die Corona-Pandemie gibt es viele Kurzarbeiter:innen, diese werden ebenfalls nicht mit in der Statistik aufgeführt.



Gegenüber der großen Kirche in Bremerhaven haben wir große Aufmerksamkeit erzeugt durch unsere „Brillen“ und unsere Fahnen. Es gab gute Gespräche und manches Mal konnten wir den einen oder anderen Tipp geben, sei es zur Beantragung der Leistungen oder aber auch nur Trost spenden und zum Mutmachen und Mitmachen auffordern.

Das Bündnis ‚AufRecht bestehen‘ wird getragen von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO), „ARBEITSLOS – NICHT WEHRLOS“ Wolfsburg (ANW), Gruppe Gnadenlos Gerech Hannover, Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB-KV Bonn/Rhein-Sieg, Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. (FALZ), Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), Tacheles e.V. Wuppertal, ver.di Bundeserwerbslosenausschuss, Widerspruch e.V. Bielefeld sowie vielen örtlichen Bündnissen und Initiativen



Aktion in der Bremerhavener Innenstadt

Dortmund

Beteiligte Gruppen:

- Dortmunder Sozialforum

Aktivitäten

- Wahlprüfsteine für Dortmunder Bundestagskandidaten

Rückmeldung

- Bericht der Veranstalter per Mail

Der Beitrag des Dortmunder Sozialforums zur Aktionswoche bestand darin, eine Reihe von Dortmunder Bundestagskandidaten mit Fragen zu Armut und Hartz IV zu konfrontieren (über abgeordnetenwatch.de):

- Was wollen Sie tun, um zu verhindern, dass ärmere Mitbürger immer mehr aus der heutigen Mobilitätsgesellschaft ausgeschlossen werden? (Wahlprüfstein 1)
- Was wollen Sie unternehmen, um der wachsenden Armut in Deutschland entgegenzuwirken? Schließen Sie sich unserer Forderung nach höheren Mindestlöhnen sowie einer Beseitigung des Hartz IV-Systems an? (Wahlprüfstein 2)
- (aus aktuellem Anlass) Das Bundeskabinett hat eine Fortschreibung der gesetzlichen Regelsätze beschlossen, die weit unter der aktuellen Inflationsrate bleibt. Was halten Sie davon? (Wahlprüfstein 3)

Die einzige Schwierigkeit bestand darin, sich entsprechend den Vorgaben bei abgeordnetenwatch.de auf 200 bzw. 1000 Zeichen (für die Frage und für weitere Erläuterungen) zu beschränken. Angesichts der Komplexität nicht gerade üppig. Aber es hat am Ende geklappt. Anhand der Antworten konnten wir feststellen, dass die „Sendung“ in den meisten Fällen angekommen ist.

Das Dortmunder Sozialforum hat die Antworten der angeschriebenen Kandidat*innen umgehend auf unsere Webseite gesetzt und damit – noch rechtzeitig vor den Wahlen - einem größeren Publikum zugänglich gemacht. Siehe <http://agora.free.de/sofodo>

Freiburg

Beteiligte Gruppen:

- Freiburger Erwerbsloseninitiative FRIGA, ver.di, ver.di-Erwerbslose

Aktivitäten

- Stand in der Innenstadt mit Flyern sowie mit Frage-Aktion („Können Sie sich vorstellen von Hartz IV zu leben?“ u.a.)

Rückmeldung:

- Bericht in der Straßenzzeitung FREIEBÜRGER 10/21 (*s. nächste Seite*)
- Bericht im TV:

<https://www.baden-tv-sued.com/mediathek/video/arbeitsmarkt-aufschwung-kommt-nicht-bei-allen-an/>

Standbild aus dem Film:





Foto: utasch

„AufRecht bestehen“

Ein besseres Leben für alle statt wachsender Armut und Ausgrenzung

Im September fand die bundesweite Aktionswoche des Bündnisses „AufRecht bestehen“ statt. Zum Bündnis gehören die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen Tacheles e. V. und zahlreiche weitere Erwerbsloseninitiativen. In Freiburg beteiligte sich der Arbeitskreis Erwerbslose von ver.di Südbaden Schwarzwald gemeinsam mit SozialberaterInnen von Friga e. V. und Goethe2 sowie AktivistInnen von „Die Linke hilft“ mit einem Infostand auf dem Kartoffelmarkt an der Kampagne. Der Auftritt des Bettlerchors war dabei mit seinen politischen Liedern ein besonderer Publikumsmagnet.

Die Aktion von „AufRecht bestehen“ machte auf die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich aufmerksam, die sich während der Coronapandemie vertieft hat. Das Vermögen der Superreichen wuchs 2020 um 9 %, während 7,7 Millionen Erwerbstätige im Niedriglohn festhängen. Das Aktionsbündnis fordert existenzsichernde Löhne, einen bundesweiten Mietendeckel und eine repressionsfreie, armutsfeste Grundsicherung.

Außerdem weist „AufRecht bestehen“ regelmäßig auf Missstände in den Jobcentern hin. Aktuell stehen Zugänglichkeit und Erreichbarkeit der Jobcenter, die seit Beginn der Coronapandemie erheblich eingeschränkt wurden, im Zentrum der Kritik. Die Kommunikation mit der Behörde wird zurzeit besonders bei fehlendem Telefon- oder Internetzugang der KundInnen und bei mangelnden Deutschkenntnissen stark erschwert. Es gibt auch keine Möglichkeit, für die Abgabe von Schreiben an das Jobcenter eine behördliche Eingangsbestätigung zu erhalten. Die Jobcenter verweisen auf den Einwurf in den Hausbriefkasten. Wer beweissicher Anträge, Nachweise oder Widersprüche einreichen will, hat also ein Problem. Ihm oder ihr bleibt nur die teure und langsame Möglichkeit,

die Post als Einschreiben mit Rückschein zu senden. Die Jobcenter nehmen die durch die Coronapandemie verursachte Schließung zum Anlass, um die Digitalisierung voranzutreiben. Anträge und Dokumente sollen möglichst elektronisch übermittelt werden. Beratungsgespräche und Nachfragen möchte das Amt vorrangig telefonisch abwickeln. Das grenzt viele Menschen aus dem Hilfesystem aus. Wer nicht über die notwendigen Geräte wie PC, Laptop, Drucker und Scanner und die erforderliche digitale Kompetenz verfügt, seine Anliegen bei einem Telefonat nicht eindeutig und in deutscher Sprache vorbringen oder nicht gut genug lesen und schreiben kann, dringt mit seinem Anliegen in der Regel schwer durch. Die leistungsberechtigten KundInnen haben durch die Schließung der Jobcenter das Nachsehen. Gesetzlich sind die Sozialbehörden jedoch verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Leistungsberechtigte die ihnen zustehenden Leistungen umfassend und zügig erhalten. Auch haben sie das Verwaltungsverfahren einfach zu gestalten und die Verwaltungs- und Dienstgebäude haben frei von Zugangs- und Kommunikationsbarrieren zu sein.

Deshalb fordert „AufRecht bestehen“ Möglichkeiten des direkten Zugangs im Eingangsbereich der Jobcenter sicherzustellen. Dort muss es Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen und Empfangsbestätigungen für eingereichte Unterlagen sowie die Möglichkeit zum Kopieren geben und ebenso Soforthilfe in dringenden Angelegenheiten und die Chance, schnell eine Mietzusicherung für einen notwendigen Umzug zu bekommen. Selbstredend sind dabei die Schutzmaßnahmen zur Vermeidung einer Corona-Infektion zu beachten. Diese Forderungen richten sich ausdrücklich auch an das Freiburger Jobcenter.

utasch

Heidelberg

Aktivitäten:

- Podiumsdiskussion mit Kandidat*innen zur Bundestagswahl auf dem Bismarckplatz

Rückmeldung:

- Flyer der Montagsdemo Heidelberg
- Bericht der Rhein-Neckar-Zeitung vom 8.0.2021 und Leserbrief dazu

Montagsdemo Heidelberg

Podiumsdiskussion der besonderen Art mit den **Direktkandidat*innen**

Montag, 6. September 2021, 18.00 Uhr Bismarckplatz

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freund*innen der Montagsdemo HD

12 Direktkandidat*innen wurden eingeladen.

"Der Termin ist bedacht und nicht zufällig. Vom 6.-12. September 2021 ist die Aktionswoche der KOS, der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, unter dem Motto: „AufRecht bestehen“ Für ein besseres Leben für alle statt wachsende Armut und Ausgrenzung", die wir mit dieser Montagsdemo solidarisch unterstützen wollen und ein Teil davon sind." wie es in der Einladung heißt.

Nach wie vor ist die konkrete Corona-Forderung 100.-€ sofort auf den Regelsatz für Hartz 4 Empfänger und für Mini-Rentner*innen (SGB XII) von der Regierung noch offen. Die Regierung Merkel, Scholz, Altmaier hat damit auch Millionen organisierter Menschen die kalte Schulter gezeigt. Ganz anders gegenüber den großen internationalen Konzernen, wie Lufthansa, Tui, Siemens, der Automobilindustrie und vielen anderen, die Mrd. € an Steuergeldern erhielten.

6 Kandidat*innen haben bisher schriftlich ihr Kommen bestätigt

Alexander Föhr (CDU), ltd. Angestellter
Elisabeth Krämer (SPD), Schreinerin
Zara Kiziltas (Die Linke), Studentin
Franziskus Schmitz (Die Partei), Auszubildender
Bernhard Schweigert (MLPD), Kfz.-Mechaniker i.R.
Ulrich Becker (dieBasis), Wirtschaftsingenieur
*weitere Kandidat*innen sind noch möglich.*



Podiumsdiskussion mit 8 Kandidat*innen 2017 (...)

Frau Franziska Brantner (Bündnis90 /Grüne) hat sich wegen einem anderen Termin in Berlin entschuldigen lassen, **Studienrat Daniel Brenzel (FREIE Wähler)** hat mit folgenden Worten sein Kommen abgelehnt *"da bereits die Einladung recht tendenziös formuliert ist sage ich Ihnen hiermit ab"*. In der persönlichen Einladung heißt es: *"Vor 4 Jahren kamen auf den Bismarckplatz 8 Parteien (bei einer Partei hat ihre eigene Kommunikation nicht funktioniert). Die AfD wurde damals nicht eingeladen und auch jetzt nicht, solange sie*

Faschisten wie Björn Höcke in ihren Reihen hat. Für uns ist die grausame Nazizeit auch kein "Vogelschiss" in der Geschichte. Faschismus und Rassismus sind und bleiben für uns keine Politik sondern ein Verbrechen."

Wer den politischen Kampf gegen Faschismus und Rassismus "tendenziös" nennt, disqualifiziert sich aus unserer Sicht selbst

"Zwei von drei Befragten (66%) sind beispielsweise der Überzeugung, dass das Wirtschaftssystem in Deutschland zugunsten der Reichen und Mächtigen manipuliert ist"

wie es in einer Auswertung das Ergebnis einer aktuellen Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsunternehmens Ipsos ermittelt wurde. So ist es auch zu verstehen warum die GDL Gewerkschaft zum 3.Mal in den Streik treten muss, weil die Bahnvorstände mit ihren satten Gehältern und Pensionen, nicht nur im Tarifikampf durch die Preissteigerungen Lohnabbau durchsetzen wollen, sondern auch bis in die unteren Einkommen die Betriebsrente. Ist das der Dank, dass die Beschäftigten bei der Bahn während der Corona Pandemie die Züge am Laufen hielten? Die Gewerkschaft sagt berechtigt NEIN, zumal die Angebote nicht für alle Mitglieder gelten sollen. Sie verdient für ihre Haltung unsere Solidarität.

Zum konkreten Ablauf: ***Nach der Begrüßung des Moderators hören wir von Vera Würmell und Rose Lang einen musikalischen Beitrag. Danach haben die Kandidat*innen erst mal 3 Minuten Zeit sich vorzustellen und sollen dabei 1-2 spezielle Fragen des Moderators beantworten.***

Nach dieser Runde wird das offene Mikrofon dem Publikum geöffnet. Damit möglichst viele Menschen sprechen und Fragen stellen können, müssen wir auch da die Redezeit begrenzen.

Wir freuen uns auf Euer/Ihr Kommen und wünschen uns trotz immer stärker werdender Polarisierung in der Gesellschaft, eine lebhaft kontroverse, durchaus harte, aber sachliche Diskussion.

*Momentan gibt es für Treffen im Freien bei dieser Anzahl keine besonderen Vorsorgemaßnahmen zu Corona, außer natürlich 1,50 Meter Abstand, sollte dieser mal nicht eingehalten werden können, **ist Mund-Nasenschutz notwendig.** Also bitte mitbringen.*

Herzlich Willkommen

Die Montagsdemo Heidelberg

Moderator Matz Müllerschön 01742973970

PS: Wer als Ordner*in, Auf- und Abbau, oder sonstige Aufgaben übernehmen kann/will, bitte melden. Wir sind ab 17.30 Uhr auf dem Platz

"Die bundesweite Montagsdemo ist 2004 gegen die Hartz Gesetze und die Agenda 2010 der damaligen Schröder-Fischer Regierung entstanden. Seit 17 Jahren stehen wir jeden Montag auf diesem Platz und protestieren gegen dieses Armuts- und Erniedrigungs-gesetz. Wir haben uns in den Jahren auch zu einer Plattform gegen Abbau demokratischer Rechte, gegen die immer größere Kriegsgefahr weltweit und den notwendigen Kampf gegen die jeden Tag näher kommende Umwelt-katastrophe weiterentwickelt."

Heidelberger Montagsdemo

Politiker von AfD-naher Partei wurde gleich wieder ausgeladen

Die "Montagsdemo" versammelte eine bunte Mischung von Bundestagskandidaten zur Diskussion auf dem Bismarckplatz. Es gab einen turbulenten Beginn.

🔔 Noch 10 Gratis-Artikel diesen Monat.

📄 RNZonline Angebote



08.09.2021, 06:00 Uhr



Diskussion auf dem Bismarckplatz: Die Organisatoren der „Montagsdemo“ hatten zur Bundestagswahl Heidelberger Kandidaten und Parteien eingeladen. Foto: Philipp Rothe

Von Maria Stumpf

Heidelberg. Es sollte eine Podiumsdiskussion der besonderen Art werden, und so hatten die Organisatoren der "Montagsdemo" die Direktkandidaten des Wahlkreises Heidelberg für die Bundestagswahl auf den Bismarckplatz eingeladen. Das Konzept ging dann auch auf - weniger inhaltlich, aber was den Ablauf der Veranstaltung betrifft. Vor Ort wurde der Vertreter der Partei "Die Basis" von einer deutlichen Mehrheit der Anwesenden gleich zu Beginn wieder ausgeladen.

Der Kleinstpartei, die im Juli 2020 gegründet wurde, wird von Kritikern eine gewisse Nähe zur AfD attestiert. Sie gilt als ein Sammelbecken für "Querdenker". Viele Teilnehmer der offenen Veranstaltung auf dem Bismarckplatz piffen deren Kandidaten gleich einmal aus. Veranstalter Matz Müllerschön bat nach einer etwas chaotisch verlaufenen Abstimmung den Kandidaten, seinen Sitzplatz zu verlassen.

Die bundesweit und auch in Heidelberg regelmäßig stattfindende "Montagsdemo" gegen Sozialabbau und Ausgrenzung hat ihren Ursprung im Widerstand gegen die Hartz-Gesetze. Die Teilnehmer protestieren seitdem gegen dieses "Armut- und Erniedrigungsgesetz". CDU-Kandidat Alexander Föhr stieg als erster der acht Diskutanten in das Thema ein. Er wies darauf hin, dass die Sozialausgaben rund 50 Prozent des Bundeshaushalts betragen. Schwerpunkte seiner Partei lägen aber eben auch in der Bildungspolitik und im Gesundheitsbereich.

"Ich finde nicht, dass Deutschland genug Geld ausgibt für das Soziale", konterte Zara Kiziltas von der Partei "Die Linke". Jede sechste Person in diesem Land sei arm oder von Armut bedroht. Sozialdemokratin Elisabeth Krämer nahm den Faden von Kiziltas auf und spannte den Bogen hin zum Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt: "Dafür kämpfe ich."

Tim Nusser von der FDP will das Land "rausführen aus dem Morast der letzten Zeit" und sich für mehr Bildungsdurchlässigkeit, Digitalisierung und eine Rentenreform stark machen. Nicolás Lutzmann von den Grünen verwies als Vertreter für Bundestagskandidatin Franziska Brantner darauf, dass seine Partei Hartz IV reformieren wolle. "Wir wollen eine Grundsicherung ohne Sanktionen."

Bernhard Schweigert von der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands nutzte die Zeit für allgemeine Kritik an der internationalisierten kapitalistischen Produktion, und Franziskus Schmitz von "Die Partei" wich der Aufforderung des Veranstalters, sich doch auch ernsthaft zu politischen Themen zu positionieren, lieber aus: "Es gibt nichts Ernsteres als Satire."

Immerhin hatte Schmitz einen großen Fan-Club mit bunten Spaßanzügen mobilisiert, der den Straßenlärm um den Bismarckplatz heiter unterstützte. Überraschend still lauschten dann doch noch viele der letzten Rednerin. Das war Friederike Benjes von der Klimaliste Baden-Württemberg. "Unser Ziel ist es, der drohenden Klimakatastrophe endlich wirksam zu begegnen. Wir haben keine Zeit mehr für Ausflüchte", mahnte sie. Da hörten fast alle hin.

Basis-Vertreter von Montagsdemo eingeladen

Prinzipienverteidigung

Die Montagsdemo Heidelberg hatte alle Direktkandidaten aus dem Wahlkreis eingeladen – außer der AfD – und nicht nur, wie Jahrzehnte fast überall üblich, Vertreter der im Parlament vertretenen Parteien. Im Einladungsschreiben an die Kandidaten hieß es deutlich: „Die AfD wurde damals nicht eingeladen und auch jetzt nicht, solange sie Fa-

schisten wie Björn Höcke in ihren Reihen hat. Für uns ist die grausame Nazizeit kein ‚Vogelschiss‘ in der Geschichte. Faschismus und Rassismus sind und bleiben für uns keine Politik, sondern ein Verbrechen.“ Herr Becker von „Die Basis“ war einer der ersten, die ihr Kommen bestätigten, bevor mir einige Antifaschisten enge Verflechtungen der Basis mit den „Querdenkenern“ aufzeigten. Ich wollte Herrn Becker als offiziellen Vertreter der Basis nicht einfach wieder ausladen und ich informierte ihn als einzigen Direktkandidaten, welche erste Frage er von mir vor Beginn seiner Rede erhält und er kannte die Prinzipien der Montagsdemo. Er entschied sich, trotzdem zu kommen. Seine Distanzierung „von Extremisten“ hat das Publikum berechtigt nicht überzeugt. Die Entscheidung war weder „peinlich“, „unfair“ noch „arrogant“, sondern eine basisdemokratische Verteidigung der Prinzipien der Montagsdemobewegung.

Matz Müllerschön von der Montagsdemo Heidelberg

Herne

Beteiligte:

- Arbeitslosenzentrum Herne e.V.; Arbeitslosenzentrum Zeppelin

Aktivitäten:

- Aktionsstand in der Innenstadt von Herne
- kleines Quiz, mit Fragen zum Thema " Ein besseres Leben für alle...". Die Lösungen konnten in den Materialien am Stand, auf den Stellwänden oder durch Gespräche am Stand gefunden werden. Es gab kleine Preise für erfolgreiche Quizteilnehmer*innen.
- Bodenzeitung

Rückmeldung:

- WAZ vom 7.9.2021
- lokale Onlinezeitschrift halloherne –
<https://www.halloherne.de/artikel/ein-besseres-leben-fuer-alle-52229.htm>





Sozialministerium Westfalen fördert hier ...
Zeppelin-Zentrum
Beratungsstelle für Arbeitslose
Zeppelinstraße 1
44651 Herne
Tel. 02325 659840
ESF
www.esf.de

Informational table with various brochures and a water bottle.

Aufrecht bestehen
Aber abschaffen
Ein besseres Leben für alle
wachtender Arbeit

Aufrecht bestehen
Ein besseres Leben für alle
wachtender Arbeit





Wt 2 07.09.2011

Gemeinsam gegen die Armut

Das Arbeitslosenzentrum Herne und das Zeppelin-Zentrum fordern unter anderem eine armutsfeste Grundsicherung. Ebenso eine Anhebung des Mindestlohns auf 13 Euro

Von Lea Wittor

Das Arbeitslosenzentrum in Herne und das Zeppelin-Zentrum setzen sich gemeinsam gegen Armut ein. Nicht erst seit der Corona-Pandemie wachse in Deutschland die Armut in „erschreckendem“ Ausmaß. „Immer mehr Menschen haben Probleme, mit ihrem Geld über den Monat zu kommen“, sagt Franz-Josef Strzalka vom Arbeitslosenzentrum.

Bundesweite Aktionswoche

Bundesweit findet deswegen die Aktionswoche „Ein besseres Leben für alle statt wachsender Armut und Ausgrenzung“ des Bündnisses „AufRecht bestehen – gegen Armut und Ausgrenzung“ statt, an der sich auch die beiden Herner Zentren beteiligen.

Die Schere zwischen Arm und Reich gehe immer weiter auseinander, so Strzalka. Die Entwicklung sei „skandalös und zu-

tieft besorgniserregend“. Soziale Mobilität sei eher durch Ab- als durch Aufstiege gekennzeichnet. Zudem seien steigende Mieten ein immer größeres Problem für Menschen, die ohnehin an der Armuts- grenze lebten.

Der 6. Armuts- und Reichtumsbericht habe gezeigt, dass vor allem für Arbeitslose die Situation verschärft sei. Der Hartz-IV-Bedarf liege für eine erwachsene Person bei etwas unter 800 Euro. Damit werde die statistische Armutsrisikoschwelle deutlich unterschritten. „Diese liegt bei mindestens 1074 Euro.“ Auch die sozialen Lagen der Arbeitslosen hätten sich verschoben: 1995 sei ein Drittel der Arbeitslosen noch der Lage „Mitte“ zugeordnet und lediglich 15 Prozent in diesem Sinne „arm“ gewesen. 2015 seien bereits zwei Drittel aller Arbeitslosen der

sozialen Lage „Armut“ zuzuordnen und nur noch weniger als zehn Prozent der „Mitte“, erklärt Dagmar Spangenberg-Mades vom Zeppelin-Zentrum.

Aus diesen Gründen stellen das Arbeitslosenzentrum und das Zeppelin-Zentrum nun Forderungen an die Politik: So soll eine Grundsicherung für Kinder und Jugendliche prekäre Lebensbedingungen verhindern und das Hartz-IV-System durch eine von Arbeitgebern mitfinanzierte Arbeitslosenversicherung ersetzt werden. Die gesetzliche Rente müsse Altersarmut verhindern und die „Talfahrt des Rentenniveaus“ bei 48 Prozent gestoppt werden.

Zudem fordern die beiden Zentren eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung und eine Anhebung des Mindestlohns

auf 13 Euro. Außerdem müssten die Zumutbarkeitsregeln in Bezug auf eine Arbeitsaufnahme geändert werden. „Man sollte Arbeitsuchende nicht in jede Stelle drängen“, sagt Spangenberg-Mades.

Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung in der Arbeitswelt müsse zudem ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt für Menschen mit „multiplen Vermittlungshemmnissen“ bedarfsgerecht eingerichtet und der Bestand an Arbeitslosenzentren als „Orte gesellschaftlicher Teilhabe“ dauerhaft gesichert werden. Zudem müssten Angebote zu beruflichen Weiterbildung sowie preisgünstiger Wohnraum angeboten werden.

i Um über ihre Forderungen und das Thema Armut zu sprechen, laden das Arbeitslosenzentrum und das Zeppelin-Zentrum zu einer Veranstaltung auf dem Robert-Brauner-Platz ein. Am Mittwoch, 8. September, findet die Aktion von 10 bis 13 Uhr statt.

Kritik am Kinderfreizeitbonus

■ Neben ihren Forderungen beim Thema Armut kritisieren die beiden Arbeitslosenzentren zudem die **Bewilligungsmodalitäten des Kinderfreizeitbonus**, bei denen eine Reihe von Betroffenen erstmalig leer ausgingen, obwohl gerade in Corona-Zeiten für einkommensarme

Familien jeder Euro zähle.

■ **Weitere Informationen** zum Kinderfreizeitbonus gibt es unter ☎02325 60840 (Zeppelin-Zentrum) oder ☎02323 55547 (Arbeitslosenzentrum Herne)



Franz-Josef Strzalka vom Arbeitslosenzentrum und Dagmar Spangenberg-Mades vom Zeppelin-Zentrum beteiligen sich an der bundesweiten Aktionswoche des Bündnisses „AufRecht bestehen – gegen Armut und Ausgrenzung“.

FOTO: RAINER RAFFALSKI / FFS

'Ein besseres Leben für alle'

Aktionstag der Arbeitslosenzentren gegen Armut und Ausgrenzung



Das Arbeitslosenzentrum Herne. Foto: Thomas Schmidt, Stadt Herne

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer. Für viele Menschen in Deutschland ist Armut mittlerweile kein abstrakter Begriff mehr, sondern Realität. Das wissen auch die Verantwortlichen des Zeppelin-Zentrums und des Arbeitslosenzentrums in Herne.

Deshalb beteiligen sie sich unter dem Motto „Ein besseres Leben für alle statt wachsender Armut und Ausgrenzung“ an der dezentralen bundesweiten Aktionswoche des Bündnisses „AufRecht bestehen – gegen Armut und Ausgrenzung“ ([halloherne berichtete](#)). Am Mittwoch, 8. September 2021, werden sie in der Zeit von 10 bis 13 Uhr am Robert-Brauner-Platz (Nähe des U-Bahn Eingangs) auf die Problematik der wachsenden Armut aufmerksam machen.

Beim Pressegespräch am Montag (6.9.2021) erläuterten Franz-Josef Strzalka, Leiter des Arbeitslosenzentrums Herne und Dagmar Spangenberg-Mades, Leiterin des Zeppelin-Zentrums, warum sich die Arbeitslosenzentren an der Aktionswoche beteiligen und ihre Forderungen an die Politik.

'Million Menschen hängen im Niedriglohnsektor fest'

„Armut ist in der Bundesrepublik Deutschland nicht irgendeine abstrakte Größe, sondern für Millionen Menschen bittere Realität. Ihr Ausmaß wächst nicht erst seit Corona. Sowohl die erwerbstätige als auch der nicht-erwerbstätigen Bevölkerung, Rentner und Kinder sind armutsgefährdet“, berichtete Franz-Josef Strzalka, Leiter des Arbeitslosenzentrums Herne. „Jedoch wird auch die Schere zwischen armen und reichen Menschen größer. So ist das Vermögen der Superreichen um neun Prozent gestiegen, wogegen das Einkommen derer, die Hartz IV beziehen, um lediglich 14 Euro gestiegen ist. Überhaupt hängen viele Millionen Menschen im Niedriglohnsektor fest.“



Franz-Josef Strzalka. Foto: Günter Mydlak

Dagmar Spangenberg-Mades, Leiterin des Zeppelin-Zentrums, ergänzte: „Aufgrund der nahenden Bundestagswahl wollen wir die Menschen auf diese Problematik aufmerksam machen. Wir beteiligen uns an der Aktionswoche, da wir gute Löhne und soziale Absicherung für alle Menschen fordern.“

Einkommen reicht nicht zum Leben

Beide machen darauf aufmerksam, dass die Lebenshaltungskosten immer teurer werden und auch heute ein Arbeitsplatz nicht mehr vor Existenznot schütze. Laut dem Paritätischen Wohlfahrtsverband seien 33 Prozent der arbeitenden Bevölkerung von Armut betroffen. „Die Miete spielt hierbei auch eine wesentliche Rolle“, so Franz-Josef Strzalka. „Viele Menschen müssen nach Zahlung der Miete und Nebenkosten ihr Leben am Rande des Existenzminimums bestreiten. Deshalb setzten wir uns auch für eine Anhebung des Mindestlohns auf 13 Euro pro Stunde ein und die Einführung des Mietdeckels ein.“

Ebenso trage auch Hartz IV zur Verstärkung der Armutssituation in Deutschland bei. „Das „System Hartz IV“ bedeutet Armut, Stigmatisierung und die Angst um die Existenz“, so der Leiter des Arbeitslosenzentrums. Die Regelsätze würden kaum für das Nötigste wie angemessene Ernährung, Kleidung oder auch für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben reichen.

'Hartz IV und Sanktionsapparat abschaffen'

Darüber hinaus trage auch die Hartz IV-Sanktionierung zu einem Armutsanstieg bei. „Die ständige Drohkulisse führt häufig dazu, dass Betroffene Jobs annehmen, die eigentlich unter ihrer Qualifikation liegen, häufig schlechte Arbeitsverhältnisse bieten und sich im Niedriglohnsektor befinden. So kommt es häufig dazu, dass die Arbeitslosen nur für ein paar Jahre das Hartz IV-System verlassen und bald wieder darin landen“, berichtet Strzalka. „Der Fachkräftemangel muss ernstgenommen werden. Wir fordern Qualifikationsschutz für Arbeitsbiografien.“

„Gerade auch die vielen verschiedenen Anträge und die knappen Fristen, besonders jetzt zu Corona, führten bei vielen Betroffenen zu Problemen“, berichtete Dagmar Spangenberg-Mades, Leiterin des Zeppelin-Zentrums. „Persönliche Sprechzeiten vielen häufig weg und unsere Klienten berichten uns davon, dass Anträge nicht beim Jobcenter angekommen seien. Dies führte in einigen Fällen zu Sanktionen. Für die Menschen hängen aber an diesen Zahlungen ihre Existenzen. Es geht um die Begleichung der Miete, Krankenversicherung etc.“

Weiter führt sie aus: „Häufig führt diese Existenzangst dann auch dazu, dass Menschen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse eingehen, um ihre Familien zu versorgen.“ Deshalb sei weitere Forderung der Aktionswoche es daher das „System Hartz IV“ abzuschaffen.

Aktion am Robert-Brauner-Platz

Bei der Aktion am Robert-Brauner-Platz gehe es darum, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Es werden Plakate und Informationsmaterialien ausgelegt. „Wir veranstalten auch ein Quiz mit fünf Fragen, die anhand unseres Infomaterials beantwortet werden können. Es gibt auch kleine Preise wie Masken oder Desinfektionsmittel“, so die Leiterin des Zeppelin-Zentrums.

Insgesamt richtet sich das Bündnis „AufRecht bestehen – gegen Armut und Ausgrenzung“ mit zehn Forderungen an die Politik:

- 1. „Kinder sind unsere Zukunft“ - dieser Aussage muss eine Grundsicherung für Kinder und Jugendliche gerecht werden, die prekäre Lebensbedingungen verhindert.

- 2. Die gesetzliche Rente muss Altersarmut verhindern und zukunftssicher gemacht werden. Die Talfahrt des Rentenniveaus muss bei 48 Prozent gestoppt werden. Die Renten müssen wieder ohne Abstriche den Löhnen folgen. Dazu sind die rentenmindernden Faktoren in der Rentenanpassungsformel auf Dauer zu streichen. Mittelfristig sollte das Rentenniveau wieder auf 50 Prozent ansteigen.
- 3. Das Hartz-IV-System ist durch eine von den Arbeitgebern mitfinanzierte Arbeitslosenversicherung zu ersetzen.
- 4. Für alle, die keine oder zu geringe Ansprüche auf Versicherungsleistungen haben, eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung.
- 5. Die Zumutbarkeitsregeln in Bezug auf eine Arbeitsaufnahme sind zu ändern. Der Fachkräftemangel passt nicht zur individuellen Abwertung von Ausbildung und Berufserfahrung. Durch einen Qualifikationsschutz muss die berufliche Identität gesichert werden.
- 6. Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung in der Arbeitswelt muss ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt für Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen bedarfsgerecht und dauerhaft eingerichtet werden.
- 7. Der Bestand an Arbeitslosenzentren als „Orte gesellschaftlicher Teilhabe“ muss dauerhaft gesichert werden.
- 8. Der gesetzliche Mindestlohn muss auf mindestens 13 Euro angehoben werden.
- 9. Berufliche Weiterbildung für die Anforderungen der Digitalisierung in der Arbeitswelt muss umfassend konzeptionell gestaltet und angeboten werden.
- 10. Wohnen ist ein Menschenrecht! Dieses Postulat gilt vor allem für einkommensschwache Haushalte. Die Politik muss mit wirksamen Methoden preisgünstigen Wohnraum sicherstellen.

Die beiden Leiter der Arbeitslosenzentren hoffen, dass sie beim Aktionstag viele Menschen erreichen und so auf die Armut-Thematik kurz vor der Bundestagswahl aufmerksam machen können.

Quelle: <https://www.halloherne.de/artikel/ein-besseres-leben-fuer-alle-52229.htm>

Leipzig

Beteiligte:

- Kirchliche Erwerbsloseninitiative Leipzig

Aktivitäten:

- Informationsstand in der Leipziger Innenstadt



Münster

Beteiligte Gruppen:

- DKP Münster

Aktivitäten

- Infostand mit Flyern vor dem Jobcenter
- Plakataktion



